

Für allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland

einer Täuschung der Völker über die wirkliche Sachlage gleichgekommen, wenn die fünf sozialistischen Staaten nicht mit aller Konsequenz gehandelt und die Abrüstungsfrage an das beauftragte Organ, die UN-Vollversammlung, zurückverwiesen hätten. Die sozialistischen Staaten bekundeten dabei ihre feste Entschlossenheit, auf der XV. Vollversammlung das abrüstungsfeindliche Verhalten der Westmächte zur Debatte zu stellen und mit allem Nachdruck für die Verwirklichung der Resolution 1378 (XIV) über allgemeine und vollständige Abrüstung zu kämpfen³⁸. Unter Berücksichtigung der großen Bedeutung, die die XV. Vollversammlungstagung unter diesem Aspekt gewinnen wird, schlug die UdSSR vor, daß die verantwortlichen Regierungschefs ihre UN-Delegationen leiten. Viele Staaten folgten dem sowjetischen Beispiel.

Die Regierung der USA versuchte jedoch, die ihr sehr unerwünschte Aussprache vor dem in aller Welt viel beachteten und einflußreichen Gremium der Vollversammlung zu verhindern. So beantragte sie unter Protest der UdSSR am Vorabend der Vollversammlungstagung die Einberufung der UN-Abrüstungskommission, obwohl bei den ernststen Differenzen zwischen dem Standpunkt der sozialistischen Länder einerseits und dem der Westmächte andererseits nur eine eingehende Erörterung der Abrüstungsfrage vor dem zuständigen Hauptorgan, der Vollversammlung, erfolgversprechend sein kann³⁹.

Das Vorhaben der Westmächte schlug fehl. Die UN-Abrüstungskommission billigte am 18. August 1960 eine von Indien, der VAR, Schweden, Mexiko, Ekuador und Jugoslawien eingebrachte Resolution und überwiegt die Abrüstungsfrage an die XV. Tagung der UN-Vollversammlung, die in diesen Tagen ihre Arbeit aufnimmt.

Die Friedenskräfte in aller Welt blicken mit großen Erwartungen nach New York, dem Tagungsort der Vollversammlung. Sie hoffen, daß sich die überwiegende Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten zu einer satzungsgemäßen Friedenspolitik bekennen und entsprechend der Abrüstungsresolution der XIV. Vollversammlungstagung konkrete Maßnahmen zum Abbau der Rüstungen beschließen wird.

Die friedliche Weltöffentlichkeit überschätzt aber auch nicht die heutigen Möglichkeiten der Vereinten Nationen, in denen verständigungsfeindliche Kräfte noch recht starke Positionen haben. So mahnte Chruschtschow auf der Pressekonferenz in der Wiener Hofburg am 8. Juli 1960 mit Recht, daß es nicht richtig wäre, sich nur auf die Vollversammlung zu verlassen, denn sie könne unter Umständen, wie die Vergangenheit lehrt, den Völkern auch eine Enttäuschung bereiten. Man müsse daher die Völker zum Kampf gegen diejenigen mobilisieren, die die Lösung der Abrüstungsfrage zu verhindern suchen. Wörtlich führte Chruschtschow aus:

„Heute ist es noch klarer als zuvor, daß die Abrüstung ohne Hinzuziehung der Massen, buchstäblich aller Völker, zum Kampf für den Frieden nicht erreicht werden kann.“⁴⁰

Hierzu ist der „Appell an die Völker“ der Bürotagung des Weltfriedensrates in Stockholm vom 9. bis 11. Juli 1960 von größter Bedeutung. Die Forderung des Weltfriedensrates nach „Einberufung einer Weltkonferenz, an der alle Staaten, ob Mitglieder oder Nicht-Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen, teilnehmen können, um die allgemeine und kontrollierte Abrüstung ... zu verwirklichen“, wird entscheidend zum organisierten Zusammenschluß aller Gegner des Wettrennens beitragen⁴¹.

³⁸ vgl. hierzu die sowjetische Abschlusserklärung auf der 47. Sitzung des Zehn-Mächte-Ausschusses, ND vom 28. Juni 1960, S. 1 und 7.

³⁹ vgl. das Schreiben der UdSSR an den Vorsitzenden der UN-Abrüstungskommission, Luis Padilla Nervo, vom 1. August 1960, Archiv der Gegenwart, 1960, S. 8554.

Für uns Deutsche sind die Abrüstungsverhandlungen auf der XV. Vollversammlungstagung der UN und die Vorbereitung und Durchführung der Weltabrüstungskonferenz von besonderer Bedeutung — kann uns doch hier im nationalen Kampf eine große Hilfe erwachsen.

In Deutschland ist der Kampf für Atomrüstungsstopp und für allgemeine und vollständige Abrüstung ein unmittelbarer Beitrag zur Lösung der nationalen Frage. Der Kampf um Abrüstung steht deshalb in untrennbarem Zusammenhang mit dem Kampf um die Überwindung des Grundwiderspruchs in Deutschland, weil er entscheidend die aggressivste Spitze des westdeutschen Militarismus trifft.

Der Kampf um Abrüstung ist eine der wirksamsten Formen des antimilitaristischen Kampfes überhaupt. Der Militarismus ist zwar eine verwickelte und stark verzweigte Erscheinung, die alle möglichen Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens erfaßt. Ohne Waffen ist der Militarismus aber wie ein Raubtier ohne Zähne. Er kann als gesellschaftliche Erscheinung die allgemeine und totale Abrüstung zwar etwas überleben, ist aber in einer Welt des Friedens letztlich zum Untergang verurteilt. Auch jeder Teilerfolg im Kampf um Abrüstung und für internationale Entspannung entwertet Westdeutschland als Hauptkriegsbasis und führt zur Isolierung der aggressiven imperialistischen Kreise⁴².

Jeder Erfolg im Kampf um die Abrüstung ist also ein Erfolg im Kampf gegen den Militarismus, d. h. gegen „die höchste Konzentration der brutalen Gewalt des Kapitalismus“⁴³.

Der Militarismus erfüllt zwei Funktionen: die äußere Funktion als aggressives Instrument im Dienste des Expansionsdranges des Imperialismus und die innere Funktion als Waffe gegen die rechtlose Klasse. Der antimilitaristische Kampf um Abrüstung ist daher nicht nur die zugespitzte Form, des Klassenkampfes gegen den Krieg, sondern zugleich und wesensnotwendig auch gegen die innenpolitische Gewaltpolitik des Imperialismus⁴⁴.

Der antimilitaristische Kampf um Abrüstung zerschlägt das Bollwerk, hinter dem sich der Kapitalismus vor der demokratischen Entwicklung zu verschanzen und den objektiven Gesetzmäßigkeiten entgegenzuwirken sucht. Das Ringen um Abrüstung organisiert so nicht, nur schlechthin die Volkskräfte im Kampf gegen den Krieg, es gibt ihnen zugleich neue Potenzen und Möglichkeiten im Kampf um ihre demokratischen Rechte.

Im Kampf gegen die Bonner Atomrüstung fällt der deutschen Arbeiterklasse, den mit ihr verbündeten Friedenskräften in ganz Deutschland und ihrer staatlichen Basis, der Deutschen Demokratischen Republik, eine ungeheuere Verantwortung für das Schicksal der Nation und den Frieden der Welt zu. Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse wurde deshalb eine groß angelegte Offensive aller nationalen Kräfte gegen den westdeutschen Militarismus und seine atomaren Kriegspläne eingeleitet. *

Unermüdllich tritt die DDR dafür ein, daß beide deutsche Staaten auf dem Gebiet der Abrüstung beispielhaft vorgehen. Sie entspricht damit der — von den Deutschland-Abkommen der Anti-Hitler-Koalition auch als völkerrechtliche Verpflichtung bestätigten — geschichtlichen Aufgabe des deutschen Volkes, „endlich

⁴⁰ Die Sowjetunion heute, 1960, Heft 20 (Beilage, S. 22).

⁴¹ Bulletin des Weltfriedensrates, Wien 1960, Nr. 10, S. 1.

⁴² vgl. Konsultation zum Parteilehrjahr, ND vom 17. Juni 1960, S. 4.

⁴³ Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1958, S. 18.

⁴⁴ vgl. Liebknecht a. a. O., S. 323.